



Medienkonferenz „Legislaturrichtlinien 2009 – 2012“ vom Mittwoch, 29. August 2012

REFERAT VON EDITH OLIBET, DIREKTORIN FÜR BILDUNG, SOZIALES UND SPORT

Es gilt das gesprochene Wort

Bern ist eine soziale Stadt

Es war mir stets ein grosses Anliegen, Bern als eine soziale Stadt zu positionieren, die Lebens- und Entfaltungschancen für alle Schichten und Generationen bietet. Das Instrument der Frühförderung, die die Chancengleichheit aller Kinder fördert, liegt mir dabei besonders am Herzen. Die Überführung des Pilotprojekts primano in ein Regelleistungsangebot, das bedarfsgerecht auf weitere Quartiere ausgebaut wird, ist im vollen Gange. Für die Finanzierung sind noch Gelder von Dritten nötig.

Die familienergänzende Kinderbetreuung wurde auch in dieser Legislatur ausgebaut: In städtischen und subventionierten Betrieben wurden 214 Betreuungsplätze geschaffen und auch bei den Tageseltern hat ein Ausbau stattgefunden. Insbesondere für Säuglinge und Kinder unter zwei Jahren übersteigt die Nachfrage das Angebot trotz dieses Ausbaus nach wie vor. Dass ab dem Jahr 2013 unter bestimmten Voraussetzungen ein Anspruch auf einen Betreuungsgutschein bestehen wird, wird voraussichtlich positive Auswirkungen auf die Anmeldeliste haben.

Im Bereich der Volksschule hat die Stadt Bern das Integrationskonzept verabschiedet. Nach diesem Konzept sollen in der Stadt Bern die Schülerinnen und Schüler wenn immer möglich und sinnvoll in den Regelklassen unterrichtet werden. Weiter wurde das Angebot der Schulsozialarbeit ausgebaut. Die angestrebte Versorgung mit einer 100%-Stelle Sozialarbeit pro 950 Kinder wird auf das Schuljahr 2013/2014 erreicht sein. Der Fokus wurde in dieser Legislatur auch auf die älteren Menschen in der Stadt Bern gelegt. Bern hat in dieser Legislatur die „Dublin Declaration“ für altersfreundliche Städte und Gemeinden unterzeichnet und die Altersfreundlichkeit der Stadt erhoben. Die

Resultate der Erhebung und die Massnahmen sind in das neue Alterskonzept 2020 eingeflossen.

Auch in dieser Legislatur wurde die Integration der Migrationsbevölkerung gefördert. Ein Zeichen gegen Rassismus hat die Stadt Bern zu Beginn der Legislatur gesetzt, als sie der Europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus beigetreten ist. Seither setzt die Stadt Bern einen umfassenden Aktionsplan gegen Rassismus um. Der ausländischen Bevölkerung bleibt es leider nach wie vor verwehrt, an Wahlen und Abstimmungen teilzunehmen. Die Kantonalberner Volksinitiative „Zäme läbe – zäme wurde leider im September 2010 abgelehnt. Die Stadt Berner Bevölkerung hat die Initiative angenommen und somit einmal mehr gezeigt, dass Bern eine solidarische und weltoffene Stadt ist. Der Gemeinderat wird sich auch weiterhin für das Ausländerstimmrecht einsetzen.

Im Bereich Sport ist der Gemeinderat unter dem Lead der BSS daran, die Realisierung einer 50m-Schwimmhalle voranzutreiben. Gegenwärtig stehen die Standorte Marzili und Gaswerk im Vordergrund.